

Alfons Wolff:

**Von sinnvollen Strukturen und Entwicklungsperspektiven ...
Gedanken zur Wiesbadener Erklärung und zu aktuellen agrar-
politischen Forderungen rund um den Deutschen Bauerntag 2018**

"Eine betriebliche Degression bzw. Kappung der Direktzahlungen wird abgelehnt, weil es sinnvolle Strukturen und deren Entwicklungsperspektiven in Frage stellen würde." So steht es in der kürzlich auf dem Deutschen Bauerntag verabschiedeten Wiesbadener Erklärung. Mir stellt sich die Frage, welche sinnvollen Strukturen der Bauernverband meint. Wenn er mit seiner Lobbyarbeit Erfolg hat, bedeutet das jedenfalls, dass in Ostdeutschland die riesigen Agrarkonzerne überregionaler Investoren weiterhin bis zum letzten Hektar durchsubventioniert werden.

"Ein Hektar ist ein Hektar" lautete bislang die lapidare Begründung für diese grenzenlose Förderung. Davon hat sich der Bauernverband in seiner Erklärung immerhin verabschiedet und hält statt dessen den "Zuschlag für die ersten Hektare bis zur durchschnittlichen Betriebsgröße für geeignet, die unterschiedlichen Strukturen der Betriebe zu berücksichtigen." Wie schlau, wenn man genau weiß, dass die Vielzahl von Betrieben mit Sonderkultur oder Nebenerwerb diesen Durchschnitt drückt und der Zuschlag damit agrarstrukturell wirkungslos bleibt.

Fragt man den Nachwuchs des Bauernverbandes, soll der Strukturwandel sogar noch angeheizt werden. So machte die Landjugend jüngst mit der Forderung auf sich aufmerksam, Direktzahlungen nach 2020 nur noch bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter zu gewähren. „Die GAP-Förderung muss denen zukommen, die die Zukunft der Landwirtschaft

mitgestalten und vorantreiben“, argumentiert die Landjugendvorsitzende. Wer mit 65 noch rüstig ist und seinen Betrieb weiterführen möchte, würde demnach nicht nur auf die erbärmlich niedrigen Altersbezüge verzichten müssen, sondern künftig ebenso auf die Direktzahlungen.

Wir haben derzeit rund 270.000 Landwirtschaftsbetriebe in Deutschland. Sind das nach Ansicht der so genannten Berufsvertretung immer noch zu viele? Wie weit soll unsere gesellschaftliche Bedeutung denn noch sinken? Und wer soll die Arbeit machen? Aber auch dafür gibt es bereits Lösungsvorschläge. Nach den Vorstellungen des beim Bauernverband angesiedelten landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes sollte sich die Bundesregierung perspektivisch um Erntehelfer aus der Ukraine bemühen. Dann dürfen wir endlich mit Arbeitskräften konkurrieren, die in ihrer Heimat für einen Mindestlohn von 3 Euro schufteten. Unsere Lebensmittel sind mehr wert?

Ehrlich gesagt: Wenn man ungeniert darüber reden darf, einem Pfundskerl wie Opa Heiner die Direktzahlungen zu kappen, dann sollte das beispielsweise bei anonymen Investoren wie der Deutschen Agrarholding mit mehreren zehntausend Hektar zumindest kein Tabuthema mehr sein. Dafür allerdings bedürfte es vor allem einer Aussage darüber, was denn eigentlich sinnvolle Strukturen und Entwicklungsperspektiven sind. Den Begriff "bäuerlicher Familienbetrieb" sucht man in der Wiesbadener Erklärung leider vergeblich.